

Das Friedensprojekt in Pakrac ist in den Kriegswirbel geraten

Wenn die Waffen sprechen, schweigt die Vernunft

Die kroatische Regierung benutzte das orthodoxe Osterfest vom ersten Maiwochenende für einen Angriff und die Eroberung des serbisch kontrollierten Gebietes in Westslawonien. Direkt betroffen von den militärischen Auseinandersetzungen ist auch Pakrac und das Pakrac-Projekt, an dem in den letzten zwei Jahren viele Schweizer Freiwillige mitgearbeitet haben und das auch finanzielle Unterstützung aus der Schweiz erhielt.

Am 28. April kam es in der kroatischen UNO-Schutzzone West auf der Autobahn, die über 27 Kilometer durch serbisch kontrolliertes Gebiet führt, zu einem Zwischenfall: Bei einer Tankstelle in Nova Gradiska wird ein serbischer Zivilist von einem kroatischen Polizisten niedergestochen. Der Polizist erklärt, er habe in dem Serben einen vermeintlichen Mörder wiedererkannt. Serben beschossen darauf Fahrzeuge mit kroatischen Nummernschildern, töteten zwei Personen und nahmen einige Geiseln. Die UN-Truppen schliessen die Autobahn, und serbische Einheiten blockieren die Autobahngrenze zu Kroatien.

Am Samstag, 29. April, werden die kroatischen Geiseln gegen den ermordeten serbischen Zivilisten «ausgetauscht», doch die serbischen Einheiten weigern sich, wie vereinbart die Autobahn wieder zu öffnen. Die kroatische Armee antwortet darauf mit einem massiven Truppenaufmarsch, und Kroatien stellt ein Ultimatum, dass die Autobahn bis Montag Morgen 6 Uhr wieder offen sein müsse. Als dann laut kroatischen Angaben kurz nach Mitternacht ein Auto mit kroatischem Nummernschild auf der Strasse zwischen Pakrac und Pozega, entlang der Waffenstillstandslinie, beschossen wird, starten am 1. Mai um 5 Uhr rund 2500 Mann einer Spezialeinheit des kroatischen Innenministeriums und rund 5000 Mann der kroatischen Armee ihre «Aktion gegen den serbischen Terror» (Originalton kroat. Radio). Die kroatische Armee marschiert von drei Seiten – von Novska im Westen, Nova Gradiska im Osten und Pakrac im Norden – in die 508 Quadratkilometer grosse, serbisch kontrollierte und bewohnte Zone ein.

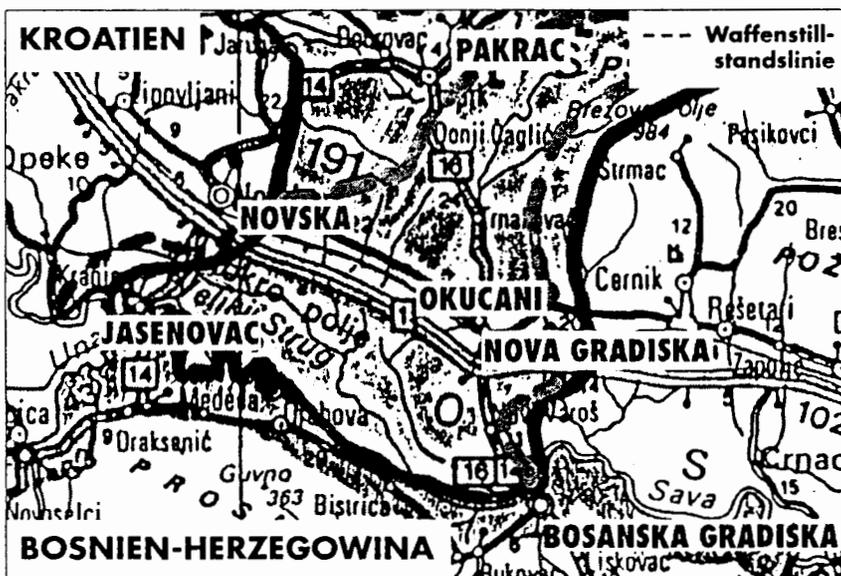
Innert kurzer Zeit wird das besetzte Gebiet entlang der Autobahn von Bosnien abgeschnitten. Jasenovac mit dem kroatischen Konzentrationslager aus dem Zweiten Weltkrieg und Okucani, der Hauptort des serbisch kontrollierten Gebietes, werden erobert. Die kroatische Regie-

rung verspricht, dass sie die Menschenrechte der gut 20 000 Menschen zählenden serbischen Bevölkerung schützen werde und dass sie einen Korridor über die Save offenlässt für Flüchtlinge, die nach Bosnien ausreisen wollen. Präsident Tudjman erklärt am 3. Mai, dass Kriegsverbrecher und die «jugo-serbischen Kontrolleure in Belgrad» zur Verantwortung gezogen würden, fährt dann aber weiter: «Ich lade die kroatischen Serben ein, sich zu ergeben und sich denen zu widersetzen, die sie in ihren Untergang treiben wollen, eine friedliche Integration der noch besetzten Gebiete in das verfassungsmässige, gesetzliche und wirtschaftliche System der Republik Kroatien zu akzeptieren. Die kroatischen Behörden garantieren der ethnisch serbischen Gemeinschaft alle Rechte der kroatischen Verfassung und der Gesetze in Übereinstimmung mit internationalem Recht.»

Umstrittene Übergriffe

Als die kroatischen Verbände die Waffenstillstandslinie in Pakrac überschreiten, wehen auf der serbischen Seite schon weisse Fahnen an den Häusern. Rund 600 Soldaten der serbischen Einheiten übergeben ihre Waffen der kroatischen Armee. Obwohl die kroatische Regierung die Einhaltung der Menschenrechte versprochen hatte, kam es zu hässlichen Szenen, als beispielsweise der ehemalige serbische Vizebürgermeister, Veliko Dzakula, in Handschellen im Spießrutenlauf zwischen Schaulustigen hindurch auf den kroatischen Polizeiposten gebracht wurde. Entgegen den Beteuerungen von kroatischer Seite kam es auch zu Plünderungen. Häuser wurden aufgebrochen und geplündert, Autos gestohlen und Wertsachen abtransportiert. Diese Übergriffe scheinen aber Einzelfälle betrunkener Soldaten zu sein, die auch von kroatischen Vorgesetzten verurteilt und geahndet werden.

Rund tausend serbische Männer wurden in Bussen abtransportiert. Verblieben sind im eroberten Gebiet heute nur noch alte Leute und Familien, die auf die Rückkehr ihrer Männer warten, um dann wohl auch möglichst schnell das Gebiet zu verlassen. Die Vertreibung der serbischen Bevölkerung scheint unaufhaltbare Konsequenz der kroatischen Aktionen zu sein, obwohl Innenminister Nikica Valentic nach einem Besuch in Pakrac am Fernsehen erklärte: «Kroatiens Hauptinteresse ist es, die ansässige serbische Bevölkerung in Westslawonien zu behalten.»



Nach den kroatischen Militäraktionen im letzten Mai sind nur noch wenige SerbInnen in der Region Pakrac zurückgeblieben. Initiativen zum Wiederaufbau haben einen schweren Stand.

Am schwersten wiegen Hinweise auf ein Massaker unter der flüchtenden Zivilbevölkerung an der Grenze zu Bosnien, als auf der Strasse von Nova Varos über den Grenzfluss Sava das Feuer auf eine Flüchtlingskolonne eröffnet wurde. Eine kilometerlange Schlange vor dem Brückenübergang nach Bosnien wurde nach Aussagen von Flüchtlingen mit Artillerie und von Flugzeugen aus beschossen. Hunderte von Menschen sollen so ums Leben gekommen sein. Chris Gunness, Sprecher der UN-Schutztruppen, erklärt nach der Zeugeneinvernahme von hundert Flüchtlingen, ihre Aussagen deckten sich weitgehend und seien «zuverlässig und begründet». In den Tagen nach dem Angriff wurden die entsprechenden Strassen von Reinigungskolonnen aus Zagreb mit grossem Aufwand und Einsatz von Chemie geputzt. Trotzdem blieben von Panzern überfahrene Autos, weggeworfene Kleidungsstücke und anderes Material am Strassenrand liegen. Die kroatische Seite dementiert Vermutungen eines Massakers schärfstens. Sie hat sich aber zumindest den nicht wieder gutzumachenden Fehler geleistet, internationalen Beobachtern den Zugang in dieses Gebiet zwischen Okucani und der bosnischen Grenze während einigen Tagen nach dem Angriff zu verweigern. Dadurch können die kursierenden Gerüchte auch nicht glaubhaft entkräftet werden und die tiefsitzende Angst bei der serbischen Bevölkerung bleibt.

Laut kroatischen Angaben wurden beim Angriff rund 400 serbische und 33 kroatische Soldaten getötet, während die für ihre nationalistische Politik bekannte Synode der serbisch-orthodoxen Kirche in Belgrad und das serbische Radio im benachbarten bosnischen Banja Luka von Massakern an der Zivilbevölkerung und einer «Auslöschungspolitik» sprechen. Auch serbische Gefangene bescheinigen der kroatischen Armee aber ein «sauberes Vorgehen» und nur vereinzelte Übergriffe. Die kroatische Regierung, aber auch viele unabhängige Berichte und UN-Beobachter, sehen keine Beweise für grössere Menschenrechtsverletzungen. Gunther Baron, Beobachter der Europäischen Union vor Ort, erklärt gar: «Die kroatische Operation war ausgezeichnet, professionell, kompetent und korrekt.» Aber selbst wenn dem so war, bleibt die Frage offen, wurden nicht mit dem militärischen Vorgehen mehr Probleme geschaffen als gelöst.

Die kroatische Seite versucht jetzt, um jeden Preis den Wegzug der gesamten serbischen Bevölkerung zu verhindern. Der internationale Druck erfordert dies. Aber die Angst der serbischen Bevölkerung sitzt tief. Mit Versprechungen und Zugeständnissen allein ist sie kaum zum Bleiben zu bewegen. Zudem kommt es schon zu offenen Neid-Reaktionen der ansässigen KroatInnen, die kaum begreifen, weshalb heute die SerbInnen geschenkt bekommen, wofür sie sich monate- und oft jahrelang vergeblich eingesetzt haben: Wiederaufbauprogramme, Staatszugehörigkeit und entsprechende Papiere, internationale Aufmerksamkeit usw. Auch die positiven Schritte der kroatischen Seite führen damit zu neuen Spannungen und können kaum die vorherigen militärischen Schritte wettmachen.

Ein neuer Balkankrieg?

Die internationalen Medien reagierten mit Überraschung auf die kroatische Attacke, malen aber andererseits schon das Bild einer unkontrollierbaren Dynamik hin zum grossen Balkankrieg. Andreas Oplatka ist sicher rechtzugeben, wenn er im Kommentar vom 3. Mai 1995 in der NZZ schreibt: «Trotz allen Schrecken und Greueln des Kriegs setzen auch alle Seiten weiterhin auf Gewalt, da jedes Lager Hoffnungen und territoriale Ansprüche erhebt, die sich nur mit Waffen verwirklichen lassen.»

Die serbische Führung und Präsident Milosevic wollen sich aber aus einem erneuten Krieg heraushalten. Die serbische (restjugoslawische) Regierung verurteilte die kroatischen Angriffe, ebenso aber auch die Bombardierung kroatischer Städte durch die Krajina-Serben. Auch wenn – wie Andreas Oplatka schreibt – «der



«Brauchen uns diese Menschen jetzt nicht mehr denn je?» fragt die Langzeitfreiwillige in Pakrac, Jan Gann.

Funke den Flächenbrand auch in Kroatien wieder entfachen könnte», ist kaum mit einer Eskalation zu einem grossen Balkankrieg zu rechnen. Kriegsführung folgt Machtinteressen und die Machterhaltung stand für Milosevic immer an erster Stelle.

Auch auf kroatischer Seite ist trotz aller Genugung und Euphorie der Bevölkerung über den erfolgreichen «Befreiungsschlag» kaum mit einer unkontrollierten Entwicklung zu rechnen. Der Sommer steht vor der Tür, und die kroatischen Bemühungen um ein Ankurbeln des Tou-

rismus, der wichtigsten Einnahmequelle des Landes, würden zunichte gemacht. Die Bestrebungen, sich als europäisches Land mit demokratischer Kultur zu präsentieren, würden in der europäischen Politik kaum an Glaubwürdigkeit gewinnen. Ähnlich wie bei der Maslenica-Aktion im Januar 1993 und dem Massaker bei Medak im gleichen Jahr scheint auch diesmal die politische Botschaft zentral: militärisch Druck machen für politische Zugeständnisse seitens der Krajina-Serben in Knin.

Ein abgekartetes Spiel?

Es halten sich hartnäckig Gerüchte, wonach die Übergabe Westslawoniens an Kroatien zwischen Serbiens Präsident Milosevic und Kroatiens Präsident Tudjman abgesprochen war als Teil eines Gebiets- und Bevölkerungsaustausches. Zu viele Indizien stützen diese Gerüchte, als dass man sie als Spekulation abtun könnte. Die kroatische Offensive wurde offensichtlich schon seit mehreren Wochen minutiös geplant und vorbereitet. Flüchtlingslager wurden geräumt, Stellungen ausgehoben usw. Aber auch auf serbischer Seite scheint man sich mehrheitlich an ein vorher ausgehandeltes Vorgehen gehalten zu haben: Panzerverbände verliessen zwei Tage vor Beginn des kroatischen Angriffs die Gegend, und es gab kaum organisierten militärischen Widerstand. Verdächtigweise sind kaum höhere Offiziere und grössere Mengen an Waffen in kroatische Hände gefallen. Anscheinend hatte sich alles, was 'wichtig genug' ist – trotz 'Blitzkrieg'-Tempo des kroatischen Angriffs –, rechtzeitig abgesetzt.

Auch die politische Reaktion aus Belgrad lässt auf ein abgekartetes Spiel schliessen: Die Save soll die neue Grenze abgeben, Westslawonien geht zurück an Kroatien, in Ostslawonien wird die Tasche von Orasje 'bereinigt', und in Ostslawonien erhält Serbien dafür die Baranja. So unwahrscheinlich eine solche Absprache in der Logik nationalistischer Politik sein mag, so logisch ist sie als Konsequenz beidseitigen Machtkalküls. Schliesslich geht es der Politik auf beiden Seiten um Territorien, nicht um Menschen.

«Mehr Arbeit denn je»

Die rund 20 internationalen Freiwilligen, die in Pakrac zur Zeit des Angriffs im Einsatz standen, wurden alle rechtzeitig aus Pakrac evakuiert. Nach einer Übernachtung in Daruvar wurden sie von der Uno nach Zagreb gefahren. In ersten Reaktionen erklären die Freiwilligen ihre Trauer, ihre Angst und ihre Wut. Gleichzeitig beginnen in Zagreb die Diskussionen über die Zukunft des Projekts und bald wird klar: So schnell geben wir nicht auf.

Die Langzeitfreiwillige Jan Gann aus den USA beispielsweise, vor kurzem in Pakrac Mutter geworden, schreibt: «Haben wir nicht in Pakrac vor allem daran gearbeitet, die Menschen dort zu eigenem Handeln zu ermächtigen? Und wenn das stimmt, brauchen uns die Menschen jetzt nicht mehr denn je? Wir haben eine

Geschichte und wir haben eine mögliche Zukunft. Das ist ein Langzeitprojekt!» Auch Vanja Nikolic, kroatische Projektverantwortliche, schreibt: «Die Stimmung im Pakrac-Projekt-Team ist so, dass wir bald zurückkehren und die Arbeit weiterführen wollen. Vielleicht wird das Projekt seine Form ändern, aber ich denke nicht, dass sich die Ziele unserer Arbeit verändern werden.» Die Kurzzeitfreiwilligen haben Zagreb verlassen und sind nach Hause zurückgekehrt, während die Langzeitfreiwilligen inzwischen ihre Arbeit in Pakrac wieder aufgenommen haben.

In der Gegend von Okucani ist laut Berichten der Freiwilligen kaum jemand von den vormals rund 8000 BewohnerInnen geblieben. Praktisch die gesamte ansässige Bevölkerung ist in Panik geflüchtet. Um so wichtiger ist es, vor Ort eine Präsenz zu halten, um die Einhaltung der Versprechungen der kroatischen Seite und die Sicherheit der verbleibenden serbischen Bevölkerung zu überwachen, auf eine Normalisierung der Situation hinzuarbeiten und damit die Rückkehr jetzt geflüchteter EinwohnerInnen zu ermöglichen. Internationale Freiwillige übernahmen – in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen – in den ersten Tagen eine Schutzaufgabe, indem sie gefährdete Personen, ehemalige Politiker, aber auch alleine zurückgebliebene Frauen begleiteten, bei ihnen übernachteten und sie mit ihrer Anwesenheit und der dadurch ermöglichten Öffentlichkeit ein Stück weit vor Übergriffen schützten. Dave Bekering, Freiwilliger des Balkan Peace Teams, erklärt: «Der Spielraum für unsere Arbeit ist beträchtlich eingeschränkt worden, aber die Notwendigkeit für die verbleibende und noch mögliche Arbeit ist grösser denn je.»

Neben der Weiterarbeit am bisherigen Freiwilligenprojekt ist im Moment ein neues Projekt in Diskussion und Vorbereitung. Gut vorbereitete und qualifizierte Langzeitfreiwillige sollen in 'Dorf-Teams' in ganz Westslawonien der verbleibenden und der hoffentlich wieder zurückkehrenden serbischen Bevölkerung – aber auch den in ihre vor dreieinhalb Jahren verlassenen Häuser zurückkehrenden KroatInnen – mit Rat und Tat beistehen. Konkrete wirtschaftliche Unterstützung ist ebenso notwendig wie moralischer Beistand und Rechtsschutz, wenn nicht nur das vorher serbisch kontrollierte Gebiet, sondern auch die Menschen integriert werden sollen.

Notwendig dazu ist auch Druck auf die kroatische Regierung von aussen. Die GSoA verurteilte in einer Presseerklärung das militärische Vorgehen Kroatiens und forderte die Regierung auf, alles zu unternehmen, um die Hinweise auf begangene Übergriffe abzuklären und die Schuldigen zu bestrafen, für die Sicherheit der verbleibenden Bevölkerung zu garantieren und sich aktiv für den Verbleib der serbischen Bevölkerung einzusetzen. Viele KroatInnen sahen es nur zu gerne, wenn die UNO und vor allem unabhängige Organisationen das Gebiet verlassen würden. Um so wichtiger ist unser Beistand, damit aus der militärischen doch noch mindestens teilweise eine menschliche Integration werden kann.

Wer einen Krieg (oder die Schlacht) gewinnt, hat damit noch keinen Frieden gewonnen. Christine Schweitzer, Vorsitzende des Bundes für soziale Verteidigung dazu: «Es ist leicht und schnell, einen Krieg zu beginnen. Dazu reichen einige Stunden. Aber es braucht viele Jahrzehnte, um das wieder zu reparieren ... Und dieser Frieden kann nur von unten kommen.» Friede muss tagtäglich errungen und den realen Verhältnissen abgetrotzt werden. Friedensbewegungen und Friedensprojekte können keinen

Krieg verhindern oder beenden. Sie können aber die Voraussetzungen mitschaffen, damit friedliches Zusammenleben – auch nach einem Krieg – möglich ist. Daran werden wir weiterarbeiten.

Roland Brunner

Roland Brunner ist in der GSoA verantwortlich für die Antikriegskampagne und die Kontakte zu den Antikriegsgruppen im ehemaligen Jugoslawien. Eine erste Fassung seines Artikels erschien in der GSoA-Zitig Nr. 59. Für die *friedenszeitung* wurde er aktualisiert.

Analysen und Vorschläge der Helsinki Citizens' Assembly zum Krieg in Bosnien

Europa beginnt in Bosnien!

Die Konzeptlosigkeit der Europäischen Gemeinschaft, der OSZE und der UNO in der Balkanfrage zeigte sich schon zu Beginn des Zerfalls von Jugoslawien: Das Fehlen eines politisch-analytischen Szenarios und eines wirksamen Sanktionsmechanismus, der zu Anfang des Krieges begrenzt hätte angewendet werden können. Ein Beispiel für diese Mitverantwortung der internationalen Gemeinschaft beim Kriegsausbruch in Bosnien: Die Entsendung von UNO-Truppen im Frühling 1992 hätte sehr wahrscheinlich den Kriegsausbruch verhindern können. Die UNO lernte aus diesem Fehler, und entsandte vorbeugend Beobachter und Soldaten nach Mazedonien.

Seit Beginn des Krieges gab es ein entschlossenes, jedoch machtloses Engagement der Friedens- und sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und der Stadtgemeinden Europas. Im November 1992 beschlossen in Ohrid (Mazedonien) über 500 TeilnehmerInnen, sich konkret gegen den Krieg und für eine friedliche, nicht auf machtpolitischen, aber auf demokratischen Grundlagen beruhende Lösung der Konflikte einzusetzen.

Anschliessend an diese Friedenskonferenz, stellte die Helsinki Citizens' Assembly (hCa) im Februar 1993 ein politisches Konzept vor: «United Nations Transitional Authority for Bosnia and Herzegovina» (UNTAB). Ursprünglich wurde es von Zdravko Grebo (hCa und Radio ZID-Sarajevo) und André Dizdarevic (Bewegung für den Frieden, Sarajevo) formuliert und von vielen Schlüsselfiguren der demokratischen Opposition in Zagreb und Belgrad unterstützt. Das hCa setzte sich für Bosnien und Herzegowina (BiH) als einen Staat aller BürgerInnen ein, also gegen eine Aufteilung von BiH und dessen «ethnische» Kantonisierung. Hier lag eine klare Alternative zu den Verhandlungen in Lissabon, London und Athen, die an den Teilungsplänen festhielten. Es ging auch darum, die Bedingungen für eine demokratische Gesellschaft herzustellen, und die Antikriegsbewegung, den zivilen Widerstand, die demokratischen Alternativen zu unterstützen. Ziel war, und ist es noch, BiH als Staat seiner StaatsbürgerInnen zu konstituieren; statt, wie bis anhin Nationen zu fördern und BürgerInnen als politische Subjekte zu missbrauchen.

Ein solches UNTAB-Konzept ist heute nicht mehr durchführbar, es bleibt nur noch die Möglichkeit, auf lokaler Ebene diese Ziele umzusetzen. Darum ruft das hCa zu lokalen internationalen Protektoraten auf (in Mostar, Sarajevo, aber auch in Tuzla und den anderen Schutzzonen). Dies scheint uns eine leistungsfähige und effiziente Alternative zu den verschiedenen kompromittierenden Verhandlungen der EU und der UNO.

Der Handlungsunfähigkeit der UNO, also der Internationalen Gemeinschaft, muss ein Ende gesetzt werden. Der Beschluss der UN-Generalversammlung vom 3. 11. 1950 besagt, dass bei Uneinigkeit des Sicherheitsrates in einer friedensbedrohenden Situation die Frage an die Generalversammlung delegiert werden soll. Wir schlagen vor diesen Beschluss – die «Uniting-for-Peace-Resolution» – anzuwenden und die Generalversammlung zu einer Sondersitzung einzuberufen, die sich ausschliesslich auf BiH konzentriert. An dieser Sitzung sollten die demokratischen Kräfte, VertreterInnen der Antikriegsbewegung, der unabhängigen Medien sowie der lokal engagierten Nicht-Regierungsorganisationen aktiv teilnehmen, dies mit dem Ziel: eine klare politische Perspektive für BiH zu formulieren und die Mittel zur Umsetzung einer neuen Balkanpolitik zu verabschieden. In einem solchen Rahmen müsste die UNPROFOR ein klares, erweitertes Mandat sowie ausreichende Ressourcen erhalten.

Bis zu diesem Zeitpunkt bleiben die bereits verfassten Resolutionen gültig und verpflichten die UNO zur Durchsetzung der Sicherheit der sechs bezeichneten Schutzzonen, die Überwachung und den Schutz der Grenzen von BiH, die Eröffnung der Verbindungsrouten, die Entwaffnung der paramilitärischen Einheiten und den Rückzug der militärischen Truppen, die Rückkehr der Vertriebenen, die Strafverfolgung aller an diesem Krieg Schuldigen, und eine effektive Unterstützung der demokratischen Initiativen zur Herstellung eines toleranten, demokratischen, multikulturellen Bosnien und Herzegowinas. *Christophe Solioz, hCa-Genève*